

INNENPOLITIK

Flüchtlinge aus Moria? Der Druck auf die ÖVP wächst

ANDREAS KOLLER

10. September 2020 16:56 Uhr


Die ÖVP will keine Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen. Das stört nicht nur den hen Koalitionspartner. Auch schwarze Bürgermeister machen mobil.

Bild: SN/AFP

Elend in Moria: Österreich könnte 500 Flüchtlinge aufnehmen, sagt Johannes Rauch, Chef der Grünen in Vorarlberg. Ähnlich sehen es Vorarlberger ÖVP-Bürgermeister.

Österreich werde sich an einer Verteilung von Flüchtlingen aus dem abgebrannten Lager Moria nicht beteiligen: Das ist die von der ÖVP vorgegebene Linie der Bundesregierung; oder, wie es Außenminister Alexander Schallenberg am Mittwoch in der "ZiB 2" ausdrückte: "Das Geschrei nach Verteilung kann nicht die Lösung sein."

Das sehen nicht alle in der ÖVP so. Vor allem an der Funktionärsbasis ertönen auch andere Stimmen. Der einstige ÖVP-Mandatar Ferdinand Maier, der noch vor wenigen Jahren von der Regierung zum Ko-Koordinator für Flüchtlingspolitik ernannt wurde, nimmt am Freitag an einem Pressegespräch einer "Initiative zur Rettung von Menschen aus den griechischen Lagern" teil.

Auch ÖVP-Bürgermeister in Vorarlberg melden Widerspruch an. "Ich bin nicht auf Parteilinie. Ich bin der Meinung, dass wir Flüchtlinge aus Moria aufnehmen sollten", sagt Angelika Schwarzmann, Bürgermeisterin der Bregenzerwaldgemeinde Alberschwende. Natürlich müsse noch geklärt werden, wie viele Betroffene Österreich aufnehmen könne. "Aber einfach zu sagen, wir nehmen niemanden - das ist nicht mein Zugang", sagt Schwarzmann, die für das Engagement ihrer Gemeinde in Flüchtlingsfragen mit dem Ute-Bock-Preis ausgezeichnet wurde.

„ Ich bin nicht auf Parteilinie. Ich bin der Meinung, dass wir Flüchtlinge aus Moria aufnehmen sollten.

Angelika Schwarzmann, ÖVP-Bürgermeisterin der Bregenzerwaldgemeinde Alberschwende.

Auch Kurt Fischer, Bürgermeister von Lustenau, der mit fast 24.000 Einwohnern größten Marktgemeinde Österreichs, ist mit der Bundespolitik nicht einverstanden. "Europa muss den Menschen helfen, und zwar nicht nur mit ein paar Brettern und Zelten", sagt er. Womit sich der mit solider Mehrheit amtierende ÖVP-Bürgermeister "besonders schwer tut", ist der Umstand, dass in der offiziellen Argumentation der Bundes-ÖVP Hilfe für die Flüchtlinge "ausschließlich unter dem strategischen Gesichtspunkt betrachtet wird, ob dadurch ein Pullfaktor ausgelöst wird".

Mit diesem Begriff "könnte man immer argumentieren, wenn man erklären will, warum man in einer konkreten Situation leider nicht helfen kann", sagt der Bürgermeister. Der auch jene Politik heftig kritisiert, die da laute: "Wir schicken Geld, und im Übrigen soll Griechenland das Problem für uns lösen." Dies wäre "das Signal für eine grundsätzliche Entsolidarisierung" der Gesellschaft, "vor der ich mehr Angst habe als vor einem möglichen Pullfaktor", sagt Fischer. Gelebte Solidarität werde in der Bewältigung der Auswirkungen der Coronakrise von größter Bedeutung sein.

” *Europa muss den Menschen helfen, und zwar nicht nur mit ein paar Brettern und Zelten.*

Kurt Fischer, Bürgermeister der 24.000-Einwohner-Gemeinde Lustenau.

Auch der grüne Koalitionspartner macht Druck, vor allem auf Landesebene. "Wenn in Vorarlberg ein Haus abbrennt und eine Familie mit Kindern obdachlos wird, dann steht innerhalb von 24 Stunden ein Ersatzquartier zur Verfügung. Ohne Fragen. Selbstverständlich. Man hilft. Wenn in Griechenland ein Flüchtlingslager niederbrennt und 12.000 Männer, Frauen, Kinder nicht einmal mehr ein Zelt haben, dann wird weggeschaut. Das ist eine Schande für Europa und eine Schande für Österreich", sagt der Vorarlberger Grünen-Chef Johannes Rauch. 500 Menschen aufzunehmen "müsste für Österreich selbstverständlich sein", Vorarlberg habe "genug Platz und genug Herz" für zumindest 50 von ihnen. Das habe nichts mit Flüchtlingspolitik oder Zuwanderung zu tun, "sondern schlicht mit Katastrophenhilfe und Menschlichkeit".

Innenminister Karl Nehammer wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass Österreich heuer bereits 5000 Frauen und Kindern Schutz gewährt habe. Es stimme also nicht, dass Österreich hier abseits stehe. Aber: "Wir können es als Europa nicht akzeptieren, wenn einige Migranten bewusst in Lagern Feuer legen und damit Menschenleben in Gefahr bringen", sagte der Minister. Wer "unsere Hilfsbereitschaft mit Füßen tritt, kann nicht mit Schutz in Europa rechnen."